
FDP Lahn-Dill-Kreis

VERTEIDIGUNGSPOLITISCHER SPRECHER DER FDP IM BUNDESTAG, ALEXANDER MÜLLER, BERICHTET ÜBER LAGE IN BERLIN

22.08.2023

Auf Einladung der Wetzlarer Freien Demokraten sprach in der Alten Aula Arnsburger Gasse der verteidigungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Alexander Müller, über aktuellen Entwicklungen aus Berlin mit dem Schwerpunkt Sicherheitspolitik und Lage der Bundeswehr. Begrüßt hatte die Gäste der Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete, Dr. Matthias Büger. Büger und Müller betonten unisono die Notwendigkeit der Solidarität mit der überfallenen Ukraine, und der klaren Signale gegen die aggressiven militärischen Aktionen Putins, die von Deutschen mit klarer Haltung erwidert werden müssen. Müller berichtete über die Fortschritte bei der Wieder-Aufstockung der Bundeswehr-Ausrüstung, und von der schrittweisen Aufhebung des bürokratischen Ballasts, unter dem die Beschaffungsbehörde bislang zu arbeiten hatte. Aber auch die Wirtschafts- und Haushaltspolitik wurden behandelt. So betonte Müller die Notwendigkeit, angesichts der beginnenden Rezession die Wirtschaft wieder zu beleben, sich daher intensiv mit den Themen Inflation, Fachkräftemangel, hoher Energiepreise und überbordender Bürokratie zu befassen. Während die FDP gerade neue Gesetzes-Initiativen wie das Wachstums-Chancen-Gesetz, das Zukunfts-Finanzierungsgesetz und ein Bürokratie-Abbau-Gesetz vorlegt, werden diese Maßnahmen vom Grünen Koalitionspartner teilweise blockiert, mit dem Ziel, damit mehr Geld für soziale Hilfen herauszuholen. Müller zeigte sich optimistisch, dass der Kanzler diesen Zwist wieder lösen wird, und betonte noch einmal die Rolle der FDP als Verteidiger der Freiheit in Deutschland. Ohne die FDP wären längst die Steuern erhöht, die Schuldenbremse

abgeschafft, Benzin- und Dieselmotoren verboten, und auch Gasheizungen und die Werbung für Süßwaren wären ohne die Liberalen längst verboten worden. Abschließend betonte Müller die Wichtigkeit, dass auch in Hessen diese freiheitliche Politik wieder Eingang in eine neue Landesregierung finden kann, und empfahl allen Teilnehmern die beiden anwesenden Direktkandidaten Anna-Lena Benner-Berns und Matthias Bürger zur Wahl im Oktober. In der anschließenden engagierten Diskussion mit den Gästen ging es um die Themen der Waffenlieferungen an die Ukraine, aber auch um die Sorge um unsere Demokratie angesichts der Umfrage-Erfolge radikaler Parteien.